

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

1.1. Die Taliban: Versöhnung und Reintegration (Fotini Christia und Michael Semple)

In jüngster Zeit werden die *Taliban* in Afghanistan politisch umworben. Der Versöhnungsenthusiasmus der Karzai-Regierung spiegelt sich jedoch bisher nicht im Entgegenkommen der *Taliban*. Die umfassendste Form der Versöhnung wäre eine „große Lösung“: ein international unterstütztes Abkommen zwischen der afghanischen Regierung und der Aufstandsführung, das den Weg für die Rückkehr der Aufständischen in das nationale Leben bahnt. Erfolgreiche Reintegration müsste wirtschaftliche Sicherheit und Sicherheitsgarantien für Aufständische einschließen. Sie setzt voraus, dass die *Taliban* sich von ihrer Ideologie abwenden, einen heiligen Krieg zu führen, und die internationalen Akteure sowie die Regierung in Kabul dazu übergehen, mit allen Afghanen zusammenzuarbeiten, die ihr Land wieder aufbauen wollen. Ein solches Abkommen wäre nicht gleichbedeutend mit einem raschen Abzug der Interventionstruppen, würde es aber erlauben, den ISAF-Einsatz zeitlich zu begrenzen.

1.2. Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr: Anmerkungen zu einer überfälligen Bilanzierung (Winfried Nachtwei)

Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr befindet sich in einer kritischen Phase: In Teilen ihres Einsatzgebiets sind die deutschen Soldaten mit einem Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert. 2009 standen sie zeitweilig täglich in Kampfeinsätzen. Für die NATO-geführte ISAF und insbesondere die USA gilt 2010 als das Jahr, in dem die stetige Verschlechterung der Sicherheitslage umzukehren ist und die Voraussetzungen für einen schrittweisen Abzug von ISAF-Kräften ab 2011 zu schaffen sind. Zugleich befindet sich der Einsatz in einer tiefen Akzeptanzkrise: In der Bevölkerung ist die Ablehnung so breit wie nie zuvor. Die politische und militärische Führung haben bei den Soldaten erheblich an Vertrauen verloren. Der Verteidigungsausschuss des Bundestags ermittelt zum Luftangriff von Kunduz und dem politischen Umgang damit. Die ungeschönte Überprüfung des Einsatzes hat höchste Priorität.

1.3. Die neue Afghanistan-Strategie der Regierung Obama (Jochen Hippler)

Seit einigen Jahren wird in Deutschland von der Notwendigkeit eines „Gesamtkonzeptes“ für Afghanistan gesprochen. Die deutsche Debatte leidet allerdings an beträchtlicher Unklarheit, da der Strategiebegriff mit großer Willkür höchst unterschiedlich gebraucht wird. Oft verbirgt sich hinter „Afghanistanstrategie“ kaum mehr als ein Bauchladen voll löblicher aber widersprüchlicher Ziele oder Wünsche. Diese Sprachverwirrung trägt zu der Unfähigkeit deutscher und europäischer Politik bei, Einfluss auf die US-Afghanistandebatte zu nehmen. Das Ergebnis der dortigen Diskussion ist eine von Präsident Obama Ende 2009 vorgelegte Afghanistan-Strategie mit klar formulierten Politikzielen und deren taktischen Folgerungen. Die Entsendung von 30.000 zusätzlichen US-Soldaten soll die Voraussetzungen schaffen, nach Ablauf von 18 Monaten mit dem Abzug der Truppen zu beginnen.

1.4. *Herrschaft in den pakistanischen Stammesgebieten (Naveed Ahmad Shinwari)*

Die pakistanischen Stammesgebiete an der afghanischen Grenze (FATA) stehen ganz oben auf der globalen Sicherheitsagenda, da sie faktisch Teil des Afghanistankriegs sind: Sie bieten den dortigen *Taliban*, anderen Aufständischen und *al-Qaida* Rückzugsgebiete und Unterstützungsmöglichkeiten. Die FATA entwickeln sich zudem immer mehr zu Brutstätten des religiösen Extremismus und Terrorismus innerhalb Pakistans, die dessen Stabilität insgesamt bedrohen. Bislang wurde kein Weg gefunden, in den Stammesgebieten gute Regierungsführung zu etablieren und für bessere Lebensbedingungen zu sorgen. Ohne ein tieferes Verständnis der Region werden Lösungsansätze von internationalen Akteuren kaum zur Beruhigung der Situation auf beiden Seiten der Grenze beitragen können. Die interne Machtpolitik der FATA muss ebenso wie ihre kulturellen und historischen Traditionen ernst genommen werden; andernfalls wird es nicht gelingen, praktikable und effektive Lösungsansätze zu entwickeln. Dabei ist die Einbindung der örtlichen Bevölkerung ein Schlüssel zum Erfolg.

1.5. *Kriegsgewalt und Drogenökonomie (Janet Kursawe)*

Afghanistans Opiumproduktion hält seit über 15 Jahren die globale Spitzenposition. Zu den Hauptprofiteuren des afghanischen Drogenhandels zählen vor allem mächtige Großhändler und Schmuggelsyndikate. Sie bilden eine Allianz mit aufständischen bewaffneten Gruppen. Diese profitieren jedoch weit weniger von der Drogenökonomie, als allgemein angenommen, und konnten ihre Einnahmequellen diversifizieren. Die sicherheitspolitische Dimension der Opiumproblematik wird folglich übertrieben. Klassische repressive, sicherheitspolitische Instrumente der Drogenbekämpfung reichen nicht aus und sind manchmal sogar kontraproduktiv. Die Drogenproblematik muss vor allem marktwirtschaftlich betrachtet werden. Zentral für die Bekämpfung des Drogenanbaus ist die Preispolitik. Das stark gesunkene Preisniveau eröffnet Policy-Alternativen wie flächendeckende Entwicklungsprojekte und legalisierten Schlafmohnanbau.

1.6. *Acht Jahre nach der Invasion. Eine Zwischenbilanz (Arvid Bell)*

Das ursprüngliche Ziel der Intervention, *al-Qaida* zu vertreiben, ist zwar erreicht, doch kann von Frieden in Afghanistan keine Rede sein. In den letzten Jahren wurde die *International Security Assistance Force* beständig aufgestockt, doch ebenso beständig stieg die Zahl der Opfer. Die bewaffnete Opposition kontrolliert weite Teile des Landes; der schwache Staat ist dort machtlos. In den ländlichen Regionen kommt der zivile Aufbau oft kaum voran; Korruption, Wahlfälschungen und Kooperation mit unbeliebten *Warlords* haben das Ansehen der Regierung schwer beschädigt. Trotzdem hat die Mehrheit der Bevölkerung, Umfragen zufolge, nicht resigniert; auch gibt es einzelne Erfolge hinsichtlich demokratischer Entwicklung und zivilem Aufbau. Gefragt sind jetzt Friedensgespräche, die zwar alle Konfliktparteien einbinden, aber keine Amnestie für Kriegsverbrechen mit sich bringen dürfen.

2.1. An Hamas führt kein Weg vorbei (Claudia Baumgart-Ochse)

Im Januar 2006 nahm die palästinensische *Hamas* erstmals an nationalen Wahlen teil; ein Jahr später ließ sie sich auf ein Machtteilungs-Arrangement mit ihrer Rivalin *Fatah* ein und äußerte eine gewisse Bereitschaft zu Kompromisslösungen im Konflikt mit Israel. Die internationale Gemeinschaft reagierte dennoch mit der vollständigen Isolation der Regierung in Gaza. Die Einheitsregierung scheiterte, *Hamas* übernahm gewaltsam die Kontrolle im Gaza-Streifen, der seit mehr als drei Jahren von der Außenwelt abgeschnitten ist. Selbst die Militäroffensive Israels 2008/2009 konnte die *Hamas* nicht stürzen. Statt die Anzeichen des Wandels der *Hamas* vom Gewaltakteur zur politischen Partei auszunutzen, um sie politisch einzubinden, hat also die Isolationspolitik die Spaltung zwischen Westjordanland und Gaza vertieft und die Aussichten auf neue Friedensverhandlungen mit Israel getrübt.

2.2. Die Hisbollah im politischen System des Libanon (Jan Hanrath)

Die Hisbollah hat sich seit ihrer Gründung in den frühen 1980er Jahren von einer Bürgerkriegsmiliz zu einem anerkannten Mitspieler im politischen System des Libanon entwickelt. Es ist ihr in den vergangenen Jahren gelungen, ihre Machtposition im libanesischen politischen System immer weiter auszubauen. So ist sie auch, trotz ihrer Wahlniederlage im Juni 2009, in der Regierung der nationalen Einheit vertreten, die nach äußerst schwierigen Verhandlungen im November 2009 zustande kam. Damit scheint die Gefahr einer anhaltenden politischen Blockadesituation fürs erste gebannt und das labile Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte wiederhergestellt zu sein. Ob es sich bei dieser demokratischen Orientierung um machtpolitisches Kalkül oder um eine tatsächliche Transformation handelt, ist allerdings nicht mit Sicherheit festzustellen. Auch wenn Iran und Syrien als derzeitige Förderer der Hisbollah in eine gesamtregionale Lösung einzubeziehen sind, kann eine weitere Transformation der Partei nur aus deren eigenen Reihen bzw. von den libanesischen Schiiten selbst ange regt werden.

*2.3. Milizen im Irak: vom Unruhefaktor zum Stabilitätselement?
(Henner Fürtig)*

Gelenkt durch Vorgaben der US-Zivilverwaltung im Irak, sammelten sich nach dem Sturz Saddam Husseins sowohl Gegner als auch Befürworter einer neuen Ordnung in ethnisch oder konfessionell geprägten Organisationen. Deren Stärke beruhte vor allem auf der Kommandohoheit über eigene Milizen, die zunehmend gewaltsam um die Macht kämpften. Nach der Wiederherstellung der formalen Souveränität Iraks erhielten die durchsetzungsstärksten Milizen protostaatliche Funktionen; dadurch wurde die Fragilität der neuen Ordnung jedoch eher größer. Die Kooperation des US-Oberkommandos mit sunnitischen Stämmen und ihren Milizen ab 2007 stabilisierte die Lage spürbar; diese Beruhigung fußt in erster Linie auf dem so verminderten sunnitisch-arabischen Vakuum im innerirakischen Kräfteverhältnis. Der Rückgriff auf „archaische“ Ordnungsmuster wird sich aber negativ auf die Realisierungschancen eines modernen irakischen Staates auswirken.

2.4. *Der Wandel dschihadistischer Gruppen in Ägypten*
(Carolin Görzig und Khaled Al-Hashimi)

Gegenwärtige Strategien zur Terror-Bekämpfung sind mit einem Dilemma konfrontiert: Wenn religiös motivierte Terroristen tatsächlich, wie meist behauptet, irrational handeln, hilft Abschreckung wenig. Umgekehrt motivieren selektive Konzessionen Mitglieder von *al-Qaida* dazu, zu behaupten, hier würden wahre Muslime bestochen und korrumpiert. Es könnte deshalb geboten sein, umfassendere kollektive Konzessionen zu erwägen. Der Erfolg von materiellen Anreizen zur Reintegration, wie sie der deutsche Außenminister für die *Taliban* vorschlägt, ist keinesfalls gesichert. Strategien zur Desintegration bewirken das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigen, wenn letztlich der mangelnde Zusammenhalt *al-Qaidas* deren Ablehnung jeder Mäßigung erklärt. Der Wandel dschihadistischer Gruppen in Ägypten und seine Auswirkung auf *al-Qaida* zeigen die Widersprüche aktueller Anti-Terror-Strategien.

2.5. *Lässt sich der Jemen stabilisieren?* (Marie-Christine Heinze)

Jemens Präsident Salih regierte bisher mit einer Mischung aus Patronage, Kooptation und *divide et impera*, doch seine Machtbasis schwindet. Die jemenitische Regierung sieht sich mit drei Konflikten konfrontiert: einer Sezessionsbewegung im Süden, dem Aufstand der Huthis im Norden und dem lokalen Netzwerk von *al-Qaida*. Die autoritären Herrschaftsstrukturen führten zu einem System von Korruption und Amtsmissbrauch, das eine kleine Elite bereichert hat und den Großteil der Bevölkerung politisch marginalisierte und verarmen ließ. Neben den schwindenden Ölreserven ist es vor allem der sinkende Wasserpegel, der die Zukunft des Landes beeinflussen wird. Der Jemen bedarf nachhaltiger Investitionen. Insbesondere die Golfstaaten können durch Unterstützung beim Wiederaufbau zur Beendigung des Konflikts beitragen; die jemenitische Regierung muss dafür jedoch selbst die Voraussetzungen schaffen.

2.6. *Der Kurdenkonflikt in der Türkei: Ende der Gewalt?*
(Gülistan Gürbey)

Im türkischen Kurdenkonflikt ist kein Ende der Gewalt in Sicht. Die staatliche Gewalt folgt aus den ideologischen Grundlagen des nationalen Einheitsstaates. Diese ignorieren das Autonomiebestreben der Kurden. Gleichwohl gibt es Hoffnung auf ein Ende der Gewalt. Sie gründet im Kurswechsel der PKK, die nun eine innerstaatliche Lösung anstrebt und bereit ist, die Waffen niederzulegen, aber auch in Schnittmengen zwischen Forderungen der Kurden und türkischen Reformkräften. Um diese Chance jetzt nutzen zu können, muss auf Gewalt verzichtet werden. Der Staat sollte an diese Schnittmengen anknüpfen und mit Hilfe einer neuen, entideologisierten Verfassung die sprachlichen, kulturellen und politischen Rechte der Kurden garantieren, die lokalen Verwaltungen stärken, die legitimierte kurdischen Parteien politisch integrieren und mit deren Hilfe Wege für eine Einbindung der PKK suchen.

2.7. *Rebellengruppen und Parteienwettbewerb in Liberia und der Côte d'Ivoire (Christof Hartmann und Nora Schrader)*

Die Einrichtung von Übergangsregierungen mit *Power-Sharing* und anschließenden demokratischen Wahlen als Standardantwort auf Gewaltkonflikte ist in die Kritik gekommen. Um die Gewalt zu beenden, werden dabei ehemalige Gewaltakteure in zivile Übergangsregierungen integriert. Das legitimiert ihren Zugriff auf politische Macht und ökonomischen Einfluss. Um bei Wahlen erfolgreich abzuschneiden, stehen Rebellengruppen also vor der Herausforderung, sich in politische Parteien zu verwandeln. Trotz aller Unterschiede in der Dynamik der Gewaltkonflikte und der Ausgestaltung der Transitionsphase zeigen sowohl Liberia als auch Côte d'Ivoire, dass die Beteiligung von Gewaltakteuren in Übergangsregierungen gerade auch zu deren politischer Marginalisierung beitragen kann. Der Beitrag diskutiert institutionelle Rahmenbedingungen, die ein solches Ergebnis wahrscheinlich machen.

2.8. *Südafrikas Weg in die Demokratie (Judy Smith-Hoehn)*

Vor 20 Jahren gelang mehreren afrikanischen Staaten der Übergang von autoritären zu formal demokratischen Systemen. Der bemerkenswerteste Transformationsprozess vollzog sich dabei in Südafrika. Die strategischen Entscheidungen der Führungen der damaligen Befreiungsbewegung und des Apartheidregimes waren zentral für diesen friedlichen Wandel. Sie zeigen, dass beide Seiten die sich verändernden innerstaatlichen und internationalen Bedingungen erkannten und sich dadurch veranlasst sahen, Verhandlungen aufzunehmen. Die erfolgreiche und friedliche Transformation ist jedoch auch der koordinierten und durchdachten Reaktion der Opposition zu verdanken; sie hätte sich ebensogut für eine „Politik der Rache“ entscheiden können. Schließlich werden eine Reihe „verallgemeinerbarer“ Erkenntnisse formuliert, die anderen Ländern bei dem Versuch, ihre internen Konflikte auf dem Verhandlungswege zu lösen, als Wegweiser dienen könnten.

2.9. *Der Sudan am Scheideweg (Michael Ashkenazi)*

Der Sudan ist gebeutelt von mehr als einem halben Jahrhundert Bürgerkriegen. Das Gewaltniveau ging zwar zurück, die Lage bleibt jedoch instabil. Die Wahrscheinlichkeit, dass die nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen, ist gering. 2005 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet, das dem Südsudan Autonomie gewährt und für 2011 ein Referendum über seine Unabhängigkeit vorsieht. Diese demokratische Entscheidung muss respektiert werden, selbst wenn dies die Teilung des Landes bedeutet. Die meisten Südsudanesen haben freilich kein Vertrauen in die südsudanesischen Regierung. Deren einzige Möglichkeit, den gewaltsamen Konfrontationen ein Ende zu setzen, ist gute Regierungsführung. Kontinuierliche Entwicklungshilfe bedarf spürbarer Ergebnisse, sie muss sich vor allem auf ländliche Gebiete konzentrieren. Viele Anführer nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen sehen Entwicklungshilfe als persönliche Einkommensquelle, deshalb muss Hilfe gestoppt werden, die nicht den Grundsätzen der Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effektivität entspricht.

2.10. *Schwierige Eindämmung der Gewalt in Nigeria*
(Etham B. Mijah)

Seit dem Ende der Militärherrschaft verschlechtert sich der Sicherheitszustand in Nigeria rapide. Die Konflikte drehen sich um die Ölressourcen und die damit verbundenen Erlöse; sie verlaufen zudem entlang ethnischer und religiöser Grenzen. Die Gewalt ist Ausdruck von empfundener Ungerechtigkeit, von Vernachlässigung durch den Staat und von Armut. Sie ist also eine Folge der Unfähigkeit des Staates, grundlegende Leistungen für seine Bürger bereitzustellen. Seit 2009 offeriert die Zentralregierung einen Straferlass und ein Programm zur Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration für die Unruhestifter. Um die Gewaltneigung nichtstaatlicher Akteure zu transformieren, bedarf es vor allem einer Stärkung der demokratischen Partizipation sowie der Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierung. Die Mehrheit der Nigerianer braucht Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen. Schließlich können internationale Akteure einen Beitrag zur Eindämmung der Waffenproliferation leisten.

2.11. *Friedensschluss und Systemtransformation in Tadschikistan*
(Arne C. Seifert)

Der fünfjährige tadschikische Bürgerkrieg wies fast alle Merkmale heutiger Gewaltkonflikte auf: regionalistische Machtkämpfe, Rivalitäten um Ordnungspolitik und wirtschaftliche Ressourcen, Probleme mit nationalen Minderheiten, islamistischer „Fundamentalismus“ und die Einmischung regionaler Mächte. Aus eigener Kraft waren die Bürgerkriegsparteien nicht in der Lage, ihren Konflikt zu beenden. Erst als die UNO zusammen mit Russland und Iran, die als Patronagemächte ein eigenes Interesse an regionaler Stabilität haben, die Konfliktparteien an einen Tisch brachten, konnte der bewaffnete Konflikt beigelegt werden. Das Arrangement der Machtteilung krankte indes daran, dass sie nicht über die zwei sich bekämpfenden Teileliten hinausging und anderen regionalen Kräften die gleichrangige politische Teilhabe versagte. Mangels breiter Verankerung in der Gesellschaft erwies sich der Friedensschluss als nicht nachhaltig. Es besteht die Gefahr, dass die strukturellen Konfliktursachen reproduziert werden.

2.12. *Droht ein Flächenbrand im Nordkaukasus?* (Regina Heller)

In den vergangenen zwei Jahren hat Gewalt erneut den Nordkaukasus erfasst, insbesondere die Teilrepubliken Inguschetien und Dagestan, seit 2009 auch wieder Tschetschenien. Zu Terroranschlägen bekennen sich vermehrt militante Islamisten. Die Ursachen dieser Gewalt sind vielfältig: Unzufriedenheit über das brutale Vorgehen der russischen und lokalen Sicherheitskräfte gegen die einheimische Bevölkerung im „Kampf gegen den Terrorismus“, die viele Jahre ignorierten Missstände in der Region und der weiterhin schwelende Tschetschenienkonflikt. Während Russland früher versucht hat, die Gewalt mit massiver staatlicher Gegengewalt zu bekämpfen und loyale, zum Teil ebenfalls gewalttätige Gegenregime zu etablieren, hat Präsident Medwedew nun erstmals die strukturellen Ursachen des Problems betont. Angesichts solcher Impulse aus Moskau sollte der Westen bereit sein, Russlands Bemühungen um Entwicklung und *Good Governance* im Nordkaukasus zu unterstützen. Damit würde auch dem radikalen Islamismus in der Region der Nährboden entzogen.

2.13. *Entwaffnung und Wiedereingliederung der Paramilitärs in Kolumbien (Ananda S. Millard)*

Seit 1964 fielen dem Bürgerkrieg in Kolumbien mindestens 200.000 Menschen zum Opfer. Im Jahr 2002 startete die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Paramilitärs (AUC). Diese erklärten sich zur Auflösung bereit; die Sicherheitslage verbesserte sich entscheidend. Doch trotz der staatlichen Bemühungen, ehemalige Kämpfer zu integrieren, ist der Erfolg nicht sicher. Meist profitieren die oberen Kommandeure, die durch das Regierungsprogramm oftmals einer Auslieferung an die USA wegen Rauschgifthandels entgehen oder geringere Haftstrafen erhalten. Einige der niedrigeren Ränge wenden sich häufig wieder illegalen Geschäften zu; das verwundert bei genauerer Betrachtung des Arbeitsmarkts in Kolumbien und der Diskriminierung ehemaliger Kämpfer nicht weiter. Vonnöten ist ein Versöhnungsprozess zwischen ehemaligen Paramilitärs und der Zivilbevölkerung.

2.14. *Siegfrieden in Sri Lanka: erfolgreiche Terrorismusbekämpfung? (Norbert Ropers)*

Mit dem Sieg der Regierungstruppen über die tamilischen Befreiungstiger (*Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE*) im Mai 2009 gelang es der Regierung Sri Lankas, einen Bürgerkrieg zu beenden, der das Schicksal des Inselstaates 25 Jahre lang bestimmt hatte. Die Niederlage der Guerillaorganisation hat eine internationale Debatte über die Frage entfacht, ob militärische „Lösungen“ nicht doch ein probates Mittel seien, um langwierige Bürgerkriege zu beenden. Während die Regierung versucht, die Nachkriegsordnung mit ähnlich autoritären Prinzipien zu gestalten, die sie im Krieg eingesetzt hat, befindet sich die tamilische Seite und ihre Diaspora nach der Niederlage der LTTE im Umbruch. Die Ausschaltung dieser Organisation ist zu begrüßen. Doch nach nahezu drei Jahrzehnten Bürgerkrieg und immensen Opfern sehen sich die Tamilen weiterhin als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Ohne politische Mitwirkungsrechte der tamilischsprachigen Minderheiten wird es lediglich zu einer Verlängerung des Konfliktes kommen, nicht zu seinem Ende.

3.1. *Iran: innen- und außenpolitische Herausforderungen (Annette Schaper und Andrea Thimm)*

Seit Jahren stößt Irans Nuklearprogramm im Ausland auf höchste Besorgnis. Es gibt den wohlbegründeten Verdacht, dass Iran den Besitz von Kernwaffen anstrebt; und auf internationaler Ebene wird debattiert, wie die Entwicklung einer iranischen Bombe verhindert werden könnte. Gleichzeitig machte Iran im Sommer 2009 durch konfliktreiche innenpolitische Ereignisse Schlagzeilen, ausgelöst durch den Verdacht des Wahlbetrugs bei den Präsidentschaftswahlen. Diese beiden wichtigen Konfliktbereiche stehen bislang sowohl aus inner- wie außer-iranischer Sicht recht zusammenhangslos nebeneinander. Für die Staatengemeinschaft hat die Nuklearfrage in Iran weiter oberste Priorität. Die Regierung dagegen stellt die zivile Seite des Nuklearprogramms als wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt dar. Sie versucht damit, sich nach innen zu profilieren. Es stellen sich darum zwei Fragen: Sollte das Ausland auch verstärkt auf eine Demokratisierung im Iran hinarbeiten? Und wäre dies für die Verhinderung einer iranischen Nuklearwaffe förderlich oder eher kontraproduktiv?

3.2. *Die Verantwortung Deutschlands für eine nuklearwaffenfreie Welt*
(Oliver Meier und Götz Neuneck)

In Reaktion auf Barack Obamas Initiative für eine atomwaffenfreie Welt ist der Stellenwert der nuklearen Rüstungskontrolle in der deutschen Außenpolitik gestiegen. Zu Recht hat Außenminister Guido Westerwelle die Abrüstung als eines der Leitthemen seiner Außenpolitik auserkoren. Noch allerdings erfüllt Deutschland die eigenen Ansprüche an eine aktive Rüstungskontrollpolitik nur unzureichend. Zu sehr nimmt Berlin noch Rücksicht auf die Interessen der verbündeten Atomwaffenstaaten und zu wenig traut sich die Regierung, auch außerhalb von EU und NATO initiativ zu werden. In der Frage des Abzugs der in Deutschland noch stationierten US-Atomwaffen allerdings hat sich die Bundesrepublik vom Mahner zum Akteur gewandelt. Nun müssen der Ankündigung im Koalitionsvertrag Taten folgen. Deutschland sollte aber nicht nur für einen Abzug der US-Atomwaffen eintreten, sondern konsequenterweise auch für eine Änderung der NATO-Atomwaffenpolitik insgesamt.

3.3. *Eine Welt ohne Kernwaffen – falsche und richtige Fragen*
(Giorgio Franceschini)

Mit seiner Aufsehen erregenden Rede in Prag vom 5. April 2009 hat US-Präsident Barack Obama neue Hoffnungen auf eine globale nukleare Abrüstung geweckt. Sein Appell, Frieden und Sicherheit in einer Welt ohne Kernwaffen anzustreben, hat aber auch Kritiker auf den Plan gerufen, die seine Vision einer atomwaffenfreien Welt für nicht realisierbar halten und sie sogar als gefährlich brandmarken. Obwohl die Fundamentalkritik an *Global Zero* oft über das Ziel hinausschießt, bleiben für dessen Realisierung eine Reihe schwieriger Fragen offen. Die größten Herausforderungen auf der *Road to Zero* liegen auf den Feldern der Verifikation, der Regeldurchsetzung und der Rüstungskontrolle. Eine neue weltweite Debatte über die nukleare Abrüstung muss in den nächsten Jahren auf diese Fragen überzeugende Antworten finden, die international konsensfähig sind.

4.1. *Weltwirtschaftskrise: Rüstungsmotor oder Rüstungsbremse*
(Michael Brzoska und Bernhard Moltmann)

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die seit einigen Jahren erkennbaren Trends bei Militärausgaben und Rüstungshandel nicht grundlegend verändert. Von Ausnahmen abgesehen, ist es im Zuge der Krise weder zu einem starken Anstieg noch zu einem starken Rückgang der finanziellen Volumina gekommen. Allerdings werden vor allem die „alten“ Industriestaaten nicht umhin kommen, zum Zweck des Schuldenabbaus ihre Militärausgaben zu verringern. Dagegen erhöhen „aufstrebende“ Staaten wie China, Indien und Brasilien ihre Militäraufwendungen; sie folgen damit ihren jeweiligen regionalen Machtaspirationen. Der Weltrüstungsmarkt zeigt zur Zeit gegenläufige Entwicklungen: In Konfliktregionen nehmen Waffenkäufe zu, parallel zur Modernisierung von Streitkräften in den „neuen“ Industriestaaten, während andere Staaten auf Neuanschaffungen verzichten. Entsprechend wächst der Wettbewerbsdruck unter den Anbietern. Die Differenzierungen bieten einer innovativen deutschen Rüstungskontrollpolitik Ansätze, regionale Rüstungsdynamiken zu beeinflussen, Transparenz zu erhöhen und den Waffenhandel zu kontrollieren.

4.2. *Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Millennium Development Goals (Hans Diefenbacher und Volker Teichert)*

Die Bewertung der *Millennium Development Goals* fällt ambivalent aus. Zwar hat es in einzelnen Regionen (Südostasien, Ostasien) und Ländern (China und Indien) durchaus Fortschritte gegeben, doch das bisherige Tempo wird keinesfalls ausreichen, um alle Ziele bis 2015 zu erreichen. Vor allem in Subsahara-Afrika und Südasien konnten Armut und Hunger, Kinder- und Müttersterblichkeit sowie Neuansteckungen von HIV/AIDS nicht entscheidend eingedämmt werden. Auch das ökologische MDG liegt in weiter Ferne. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat den ohnehin zu langsamen Prozess weiter abgebremst. Hilfsmaßnahmen sollten primär in die am wenigsten entwickelten Länder fließen. Ein finanzieller Aufwand von mehr als 200 Mrd. US-Dollar dürfte notwendig sein, um die MDG zu erreichen. Der neue Schwerpunkt der internationalen Agenda – die globale Wirtschafts- und Finanzkrise – darf nicht dazu führen, dass die Ärmsten der Armen noch weiter an den Rand gedrängt werden.

4.3. *Weltwirtschafts- und Ernährungskrise: alte Probleme – neue Konfliktpotenziale? (Stephan Albrecht)*

Die Wirtschaftskrise ist eigentlich ein Bündel von Krisen mit vielfältigen Ursachen in unterschiedlichen Bereichen wie Finanz-, Energie- und Automobilindustrie. Die Ernährungskrise gibt es seit Jahrzehnten. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Ernährungskrise sind jedoch regions- und länderspezifisch unterschiedlich. Die Wirtschaftskrise wirkt sich negativ auf die Ernährungslage in zahlreichen nicht industrialisierten Ländern aus; durch sie verringern sich die Rücküberweisungen von Migranten, ausländische Direktinvestitionen, die Budgets der Entwicklungszusammenarbeit und des Handels. Zur Lösung der Wirtschaftskrise werden verschiedene Optionen diskutiert; u.a. eine autoritativ staatliche Neuordnung des Finanzwesens und ein Übergang von der industriellen Produktion und Konsumption in Richtung Nachhaltigkeit. Für die Bewältigung der Ernährungskrise sind naturgerechte Produktivitätssteigerungen der kleinbäuerlichen Landwirtschaften die zentrale Handlungsoption.

4.4. *Die Auswirkungen der Finanzkrise auf fragile Staaten (Ulrich Volz und Sebastian Ziaja)*

Verringerte Ressourcenausstattung der Regierungen, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, geringes Wirtschaftswachstum, geringere Steuereinnahmen, der Verlust von Geldreserven, wegfallende Budgethilfe und wirtschaftliche Ungleichheit erhöhen in den 29 als besonders fragil geltenden Staaten das Konfliktrisiko. Allerdings ist eine präzise Vorhersage für den Ausbruch von Gewaltkonflikten infolge dieser verschiedenen Entwicklungen nicht möglich. Um das Risiko zu mindern, gibt es keinen anderen Ausweg als die Etablierung robuster staatlicher Institutionen. In diesem Zusammenhang hat sich technische Zusammenarbeit als effektiv für die Stärkung von Staatlichkeit erwiesen. Budgethilfe ermöglicht in Krisensituationen antizyklische Wirtschaftspolitik; soziale Sicherungssysteme für die Ärmsten können wirtschaftliche Schocks abfedern. Um das Risiko von Gewaltkonflikten in fragilen Staaten zu reduzieren, ist es angezeigt, den Kauf von Kleinwaffen durch verschärfte Restriktionen zu erschweren und das Risiko einer Strafverfolgung für Aufständische zu erhöhen.